

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

wie bekannt, hat die SPD-Fraktion dem Ankauf der Grundstücke mit der seinerzeitigen Begründung „Erweiterung des Gewerbegebietes Schafjückenweg“ ausdrücklich zugestimmt.

Von der Ausweisung eines Industriegebietes war während dieser gesamten Beratungszeit – und wir haben dieses nicht nur im VA, sondern auch im Rat beraten - keine Rede.

Im Oktober 2007 wurde das Bebauungsplanverfahren auf den Weg gebracht. Erst in dieser Sitzung wurde uns bekannt, dass eine Industriegebietsausweisung erfolgen soll. Ich habe dieses bereits damals persönlich kritisch hinterfragt, was auch den Protokollen entnommen werden kann.

Nach eingehender inhaltlicher Auseinandersetzung mit dem Thema haben wir im Februar den Antrag gestellt, von dieser Ausweisung abzusehen. Stattdessen sollte nach unserer Auffassung ein Gewerbegebiet wie am Schafjückenweg - und wie auch bisher Praxis in der Gemeinde -ausgewiesen werden. Wegen des massiven Eingriffs in die Natur und Landschaft aufgrund der vorgesehenen Waldrodung beantragten wir zudem die Eingrünung des Gebietes sowie einen Grüngürtel entlang der B 211. Dieses vor allem als Sicht- und Lärmschutz sowie für eine höhere Akzeptanz durch die Bevölkerung.

Der Antrag wurde bekanntlich durch die Mehrheitsfraktion abgelehnt.

Vor dem Hintergrund der massiven Proteste der von der Ausweisung durchaus betroffenen Bürger aus Ipwege-Wahnbeck und Loy erneuern wir unsere Forderungen aus diesem Antrag.

Wir unterstützen diesbezüglich auch den offenen Brief der Grünen-Fraktion, der in die gleiche Zielrichtung geht.

Herr Bürgermeister,

sie haben an alle Haushalte in der Gemeinde einen Flyer mit den Antworten auf die drängensten Fragen der Bürger zum Industriegebiet AK Oldenburg-Nord verteilt.

Das mag die Bürger beeindrucken, die sich bisher nicht mit dem Thema beschäftigt haben. Für uns als SPD-Fraktion gibt der Flyer aber nach wie vor keine Antwort auf die wichtigste Frage:

Nämlich, warum brauchen wir überhaupt ein Industriegebiet?

Wir haben doch in der Vergangenheit äußerst gute Erfahrungen mit der Ausweisung von Gewerbegebieten gemacht. Firmen wie Brötje Handel, Vierol, Noweda, Witte, Ulla Popken, Müller-Egerer, belegen dies doch auch. Es ist doch nicht so, dass wir in der Vergangenheit keine Firmen herbekommen haben, ganz im Gegenteil.

Worin liegt denn nun der Standortvorteil bei einem Industriegebiet. Nur in dem Wettbewerber der Gemeinden untereinander?

Dreischicht- und verkehrsintensive Betriebe wären auch in einem Gewerbegebiet zulässig, was Sie bei der Abwägung auf Seite 31 der Einwendungen auch ausdrücklich einräumen. Beispiele: Müller-Egerer, Ulla Popken fahren auch jetzt schon einen Dreischichtbetrieb.

Warum müssen wir dann unsere Toren öffnen für mögliche emissionsträchtige Betriebe. Warten wir doch erstmal ab, was für Betriebe kommen. Oder gibt es vielleicht doch schon Interessenten, von denen wir nichts wissen. Ein ungutes Gefühl hinterlässt bei mir dieses behagliche Festhalten an der Industriegebietsausweisung schon.

Die SPD-Fraktion lehnt das Industriegebiet jedenfalls aufgrund der derzeit nicht abzuschätzenden Betriebsansiedlung entschieden ab.

Da hilft es auch nicht, wenn Sie sagen, die Entscheidung über die Grundstücksverkäufe zur Ansiedlung treffen die Ratsgremien. Besser wäre es zu sagen, die Entscheidung trifft die Mehrheitsgruppe CDU/FDP/UWG.

Grundsätzlich ja demokratisch legitim. Aber dass dadurch einer Fehlentwicklung gegengesteuert wird, das glaube ich nicht. Das Ergebnis sieht man ja bei dieser B-Plan Aufstellung.

Die Ratsmitglieder der Mehrheitsgruppe haben sich ja nicht einmal getraut zu der Versammlung der Initiative am letzten Montag zu erscheinen. Obwohl die Veranstaltung absolut sachlich war und mit Sicherheit auch ein befürwortendes Ratsmitglied seine Position hätte deutlich machen können. Aber sich auf ein laufendes Verfahren zu beziehen und damit abzusagen, finde ich schon etwas uncouragiert. Wann will man sich denn den Fragen stellen, wenn nicht im laufenden Prozess. Hinterher macht das wenig Sinn. Wenn man von den Bürgern gewählt wird, muss man seine Entscheidung auch vor diesen rechtfertigen können. Und dieses nicht nur über die Presse.

Noch ein Wort zu Natur und Landschaft. Der Eingriff ist mit der Rodung von 10ha Wald erheblich. Dieses räumen Sie ja auch in der Begründung zum B-Plan ausdrücklich ein.

Gerade deshalb verstehen wir die Verweigerung der Forderung nach Eingrünung des Gebietes und eines Grüngürtels an der B 211 nicht. Selbst der Landkreis hat in seiner erneuten Beteiligung nochmals weitergehende Festsetzungen zur Einbindung des Plangebietes gefordert und sich dabei ausdrücklich auf das Regionale Raumordnungskonzept bezogen.

Herr von Essen hat ausgeführt, dass die Belange der Raumordnung nicht betroffen sind. Das ist nicht korrekt. Sie sind schon betroffen, sie wurden nur zugunsten der gemeindlichen Auslegung weggewogen.

Uns geht es dabei nicht darum, die Firmen zu verstecken, sondern sie in die Landschaft vernünftig einzubetten. Hiervon profitieren doch auch die Firmen. Büfa hat seinerzeit sogar eigens einen zweiten Grüngürtel um das Firmengelände angelegt.

Und mit einem Industriegebiet - nur Fläche ohne Baum und Strauch, lediglich grau/blaue Stahlhallen - kann man als Gemeinde doch nicht wirklich punkten oder sein Image polieren.

Schaffung von Arbeitsplätzen.

Natürlich will auch die SPD-Fraktion die Schaffung von Arbeitsplätzen. Aber wir haben es schon mehrfach gesagt und die bisherige Praxis zeigt es doch, auch Gewerbebetriebe schaffen Arbeitsplätze. Auch hier seien nochmals die Firmen am Schafjückenweg und Ulla Popken zitiert. Ob Industriegebiet oder Gewerbegebiet ist auch nicht entscheidend, wie von der UWG ständig behauptet, für den Bestand unserer Infrastruktur.

Die SPD-Fraktion appelliert deshalb nochmals eingehend an die Vertreter der Mehrheitsgruppe, die Planung eines Industriegebietes aufzugeben und stattdessen ein Gewerbegebiet mit entsprechender Eingrünung auf den Weg zu bringen.